

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 04

April 2006

Jahrgang 35

Stadtwerke AG

Teilrückzug erzwungen Verbraucherproteste erfolgreich

Die Proteste aus der Bürgerschaft, die vielen Leserbriefe und Einsprüche direkt an die Stadtwerke AG haben dazu beigetragen, die Geschäftsführung der Stadtwerke AG samt ihrem Aufsichtsratsvorsitzenden OB Ilg ein Stück in die Knie zu zwingen. Hut ab, Widerstand lohnt. Der mit viel Protest und Kritik quitierte Leistungspreis wird rückwirkend zum 01. Januar für das ganze Jahr 2006 ausgesetzt. Ausgesetzt, was nicht heißt zurückgenommen. Zum 01. Januar 2007 wird nachgeholt was 2006 nicht erreichbar war.

Mit einer Informationsoffensive wollen OB Ilg und Stadtwerke-Chef Brünner den durch ihre Preispolitik verursachten Vertrauensverlusten entgegenwirken. Beschädigtes Vertrauen aber lässt sich nicht mit noch so großen Glanzpapieroffensiven und Hausmessen zurückgewinnen. Vertrauen lässt sich am ehesten gewinnen, wenn OB Ilg und sein Stadtwerke-Chef endlich bereit wären, ihre Preiskalkulation bei Strom, Gas und Wasser für die Verbraucher nachprüfbar offen zu

legen. Grundbedürfnisse, die zur Daseinsfürsorge der Bürgerinnen und Bürger, der Familien zählen, dürfen und können nicht in der Geheimschublade oder dem



Preistresor in den Chefetagen der Stadtwerke oder im Amtszimmer des OB unter Verschluss gehalten werden.

Neue Jahresrechnung

Leider ist das Versprechen, den Stadtwerke-Kunden wegen der Aussetzung der Leistungsabgabe neue Jahresrechnungen, wie in der Tagespresse zugesichert, zuzustellen, bis heute noch nicht eingelöst worden.

Es bleibt dabei

Der Öffentlichkeit müssen die Preiskalkulationen bei Strom, Gas, und Wasser nicht nur der Tarifkunden, auch der Sondervertragskunden offengelegt werden. Auch von einer Aktiengesellschaft, die zur Daseinsbewältigung der Menschen Strom, Gas und Wasser liefert, muss öffentliche Rechenschaft verlangt werden können. Im Übrigen müssen auch die Mitglieder im Aufsichtsrat bei der Preisgestaltung öffentlich verstärkt in die Pflicht genommen werden.

Sponsorengelder

Von Kunden der Stadtwerke wird verstärkt die von der Stadtwerke AG aufgewendete Gelder für Vereine und Organisationen im Landkreis kritisiert. Es wird vielfach die Meinung vertreten, dass Spenden an Vereine und Organisationen Sache des Kunden und Verbrauchers, des Bürgers selbst sei. Über den Umweg Stadtwerke werde jedem Kunden indirekt in die Tasche gegriffen.

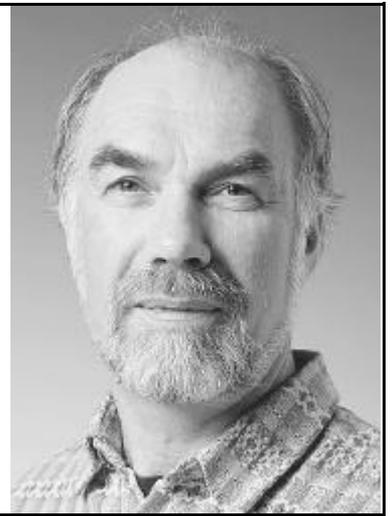


Landtagswahl 2006

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Das Ergebnis der Landtagswahl steht fest. Die neue Koalition in Stuttgart ist die alte Koalition geblieben. Betrachten wir den Wahlkreis Heidenheim mit 3,3 %, so hat die WASG im Vergleich zu anderen Wahlkreisen einen Platz in der Mitte erreicht. In Heidenheim Stadt mit Stadtrat R. Püschel (DKP) wurden 4,74% erreicht. Für die WASG ein befriedigendes Ergebnis. In ausgewählten Stimmbezirken sind für R. Püschel beachtliche Spitzenergebnisse mit

18,8%, 11,9% 11,6%, 10,7%, 8,9% 8,8%, 8,3%, 8,1%, erreicht worden. Abfallende Wahlergebnisse (die schlechtesten 0,44 % Mittelrainschule und 0,67% Westschule) lassen aufhorchen und fordern bezogen auf die Wohn- und Bevölkerungsstruktur eine genauere Analyse.

Stadtrat Reinhard Püschel (DKP) möchte sich auch im Namen der WASG bei seinen Wählerinnen und Wählern recht herzlich bedanken.



DKP lehnt verkaufsoffenen Sonntag ab

Für die DKP argumentierte deren Stadtrat R. Püschel gegen den verkaufsoffenen Sonntag am Muttertag. Die Stadtverwaltung hatte in der Gemeinderatssitzung einen Beschlussantrag vorliegen, der am 14. Mai 06 (Schäferlauftag) einen verkaufsoffenen Sonntag vorsieht. Püschel erinnerte daran, dass vor einem Jahr schon einmal über einen verkaufsoffenen Sonntag debattiert wurde. Auch heute lehne die DKP einen Arbeitssonntag ab. Das Ladenschlussgesetz sei zum Schutz der Beschäftigten da. Im Übrigen seien zwei Drittel der Betroffenen Frauen, die jetzt am Muttertag hinter der Kasse oder dem Ladentisch stehen müssten. Nicht der Fachhandel, sondern die großen Handelsketten würden den Reibach dabei machen. Weitere Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen und den Arbeitsplätzen seien die Folgen. 10 Stadträte, darunter die zwei DKP-Vertreter, lehnten den verkaufsoffenen Sonntag am Muttertag ab. Die übrigen 24 Stadträte, darunter die CDU-Vertreter, stimmten für den Arbeitssonntag.



Kostenlose Kindergärten?

Bei der Gemeinderatssitzung am 30. März 2006 beschloss der Gemeinderat, dass die Betreuung von Kleinkind- und Ganztagsgruppen einheitlich geregelt wird. DKP-Stadtrat Reinhard Püschel kritisierte die unterschiedliche Haltung zwischen Bundesregierung und der Gemeindeverwaltung. Nach Püschels Worten habe die große Koalition von CDU/SPD beitragsfreie Kindergärten versprochen. Auch die CDU-Landesregierung habe im Wahlkampf ein kinderfreundliches Land propagiert. Heute geht es im Gemeinderat darum, einem Beschluss zuzustimmen, der letztendlich eine ständige Erhöhung der Elternbeiträge zur Folge haben wird. Was sollen die Bürger davon halten, wenn an der Regierungsspitze anders geredet wird, als unten in den Gemeinden. Püschel nannte es verwirrend und forderte die CDU-SPD und Grüne-Stadträte auf, endlich für Klarheit zu sorgen.



Kommunalbeschäftigte jetzt 39 Stunden/Woche

Gefahr liegt in der sog. „Meistbegünstigungsklausel“

Es waren für die Streikenden des Baubetriebsamtes harte Wochen. Sie standen konsequent für ihre Gewerkschaft und damit auch für sich selbst. Aber insbesondere standen sie gegen eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden und damit war ihr Streik ein Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Ihr Streik war eine politische Auseinandersetzung gegen die neoliberalen Arbeitsplatzvernichter im Rathaus. Öffentlich muss diesen Kolleginnen und Kollegen für ihr Ausharren gedankt werden.

Jetzt gelten für alle, auch für diejenigen, die vorab einseitig mit 40 Stunden/Woche eingestellt, versetzt oder höhergrup-

piert wurden, einheitlich die 39 Stunden/Woche. Notwendige Mehrarbeit darf nicht in Personalabbau umgemünzt werden. Notwendig ist, dass Personalrat und Gemeinderat darüber wachen dass kein Missbrauch getrieben wird. Abbau der 1-Euro-Job-Verträge, keine befristeten Arbeitsverhältnisse, anfallende Mehrarbeit muss mit Personalausgleich geregelt werden.

Die sog. „Meistbegünstigungsklausel“, sollte sie von den Arbeitgebern bei künftigen Tarifverhandlungen zur Anwendung gefordert werden, muss mit weiteren Streiks abgewehrt werden.



Ein Schleuderstuhl?

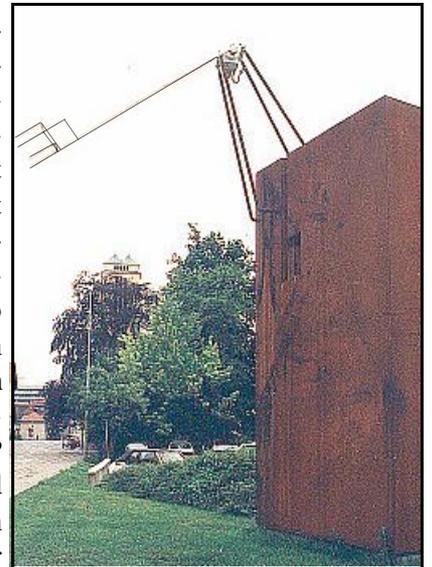
Am 19. Mai '98 regnete es 53.000 Papier-T-Shirts vom Himmel. Das Multi-T-Short Exemplar am Bahnhof fiel dem Taubenfraß zum Opfer. Die Holzstapel von Preisträger Maltz erhielten 10.000,- DM, sie wurden entsorgt. Die Kissenwand wurde in Einzelteile zerlegt und verkauft. Das einzige, mit dem sich der eine oder andere Heidenheimer noch identifizierte, das Betongebilde am Rathaus, oftmals als WC verwechselt, ist weg. Der Stahlkörper mit durchlaufendem Stuhl, von den VOITHianern in der Kesselschmiede gefertigt und von Azubis gängig gemacht, wurde von VOITH erworben. So hat der Kunst- und Kulturschock von damals sein Ende gefunden.

DKP Stadtrat Huber im Mai 1998: „Hier wird die Kultur von der Industrie vereinnahmt“. Kunstsponsoring als strategisches Marketing-Konzept, um Betriebe und ihre Produkte im Gespräch zu halten. VOITH hat die gesponserte Stuhllaufkonstruktion dem Künstler abgekauft. Keiner der Geschäftsführer wird sie wohl bei sich zuhause, seinem persönlichen Kunstempfinden entsprechend, in seiner Wohnung den letzten Platz zuweisen. So ist anzunehmen, dass das von den VOITHianern selbst geschaffene „Kunstwerk“ auf dem Werksgelände seine letzte Ruhe finden könnte. Hoffentlich nicht als ständige Mahnung an diejenige, die abgearbeitet oder krank, kritisch oder einfach zu viel an Bord oder im Pool sind, auf dem werkseigenen Schleuderstuhl zu landen. Heute soll nach langem „Dornröschenschlaf“ die Stahlkiste mit durchlaufendem Stuhl wieder zur Geltung kommen.

OB Ilg, von VOITH inspiriert, sucht samt seiner Stadtver-

waltung erneut nach einem geeigneten Standort. Das ehemalige Gabriele Rogowski Bildhauersymposium sucht sich, hoffentlich nicht auf Kosten der Steuerzahler, eine neue Erinnerungsstätte. Nein, so nicht. Nicht inmitten der Stadt. Nicht noch am Johann-Matthäus-Voith-Platz. Die DKP Stadträte Püschel und Huber schlossen sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion an, einen Standort auf dem Gelände der Landesgar-

tenschau festzulegen. Aber es gibt noch bessere Varianten. Mit dem geplanten Abriss des Hochregallagers entlang der Sankt Pöltener Straße, schafft VOITH genügend Platz, den typischen „Schleuderstuhl“ des Personalabbaus der 90er Jahre umfassend ins Bewußtsein der VOITHianer zu bringen. Also: Es gibt mit dem Abbruch des Hochregallageres genug Platz für ein „Schleuderstuhl“, für ein „First Class-Gästehotel“ anstelle auf dem Schlossberg und noch hinzu einen internationalen Hubschrauber-Landeplatz für die Konzern-Manager aus aller Welt.



**Ehemaliger Standort.
Heute: Schloss-Arkaden**



Was steckt hinter den Modernisierungen der Grundstücks u. Baugesellschaft AG?

Modernisierungen „Ja“ aber „Nein“ zu Mieterhöhungen



Herrn Griesingers GBH Residenz

In einer zum GBH- Profitcenter umgebauten historischen Villa lässt sich gut leben. Weniger pompös geht es den Mietern in der VOITH-siedlung, der Oststadt, dem Galgenberg, der West- u. Hoch-

bergsiedlung. Auch wenn die GBH Millionen investiert, die seit Jahrzehnten vernachlässigten Mietwohnungen haben es nötig. Die Investitionssummen sind allerdings von den Mietern selbst durch ihre Mietzahlungen über Jahrzehnte bereits heraus erwirtschaftet worden. Die GBH-Aktionäre können sich glücklich schätzen, wenn die Mieter nach abgeschlossener Modernisierung eine weiteres Mal kräftig zur Kasse gebeten werden.

Was bleibt den Mietern, bei denen Modernisierungen an-

stehen. Sie gemeinsam mit den Hausbewohnern im Wohngebiet über die Notwendigkeit der Modernisierung zu verständigen.

Die GBH ist verpflichtet, jeden einzelnen Mieter über die Auswirkungen der Modernisierungsmaßnahmen zu informieren. Es gibt eine Duldungspflicht, die allerdings auch eingeschränkt werden kann. Die Modernisierung muss den Gebrauchswert der Mietwohnung, z.B. durch Energie-, oder Wassereinsparungen, deutlich verbessern. Liegt überhaupt eine Modernisierung vor oder ist die Baumaßnahme lediglich eine Instandsetzung? Der Vermieter (GBH) muss den Mieter mindestens drei Monate vor Beginn der Maßnahmen über Art und Umfang, den Beginn und die Dauer bezogen auf die individuelle Wohnung in Textform unterrichten und dem Mieter auch die höhere Miete nach Abschluss der Maßnahme berechnen.

Von den Mietern ist ein weiterer Grundsatz unbedingt zu beachten. Falls der Vermieter (GBH) eine Änderung des Mietvertrags oder eine sog. Modernisierungsvereinbarung will, gilt ein unabdingbarer Grundsatz: Nichts unterschreiben, sondern Rechtsbeistand beim Mieterverein anfragen.

Unglaublich, aber wahr

In der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ) vom 19. 2. war zu lesen: Auf einer Tagung der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung zur „Weiterentwicklung von Hartz IV“ machte laut FOCUS der Direktor für Arbeitsmarktpolitik am Bonner Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Hilmar Schneider, den Vorschlag, durch Arbeitslosen-Auktionen Billiglöhner an den Mann zu bringen. Ein Beispiel: Das Sozialamt schreibt ein Angebot für 80 arbeitslose Arbeitskräfte aus. Dann kann jeder bieten, ob Unternehmen oder Privathaushalt. Wer Leute braucht, die ihm den Keller entrümpeln, gibt an, welchen Stundenlohn er dafür zu zahlen bereit ist. Das höchste Gebot gewinnt. Die ersteigerten Arbeitslosen erhalten weiter nur ihr Arbeitslosengeld II. Die Erlöse aus der Versteigerung fließen der öffentlichen Hand zu.

Sklavenarbeit der Neuzeit

Auswüchse des Neoliberalismus

Wenn die menschliche Arbeitskraft zur Schnäppchenware degradiert wird, wer menschliches Dasein als Billigstarbeitsware spekulativ verfügbar sieht, wer menschliche Individuen den Konkurrenzprinzipien des Marktes von Angebot und Nachfrage unterordnet, setzt bewusst auf Rechtlosigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung.

Hilmar Schneider, Direktor ausgerechnet eines Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit, geht von einem fürchterlichen Herrschafts- und Elitedenken aus, das die Würde arbeitsloser Menschen mit Füßen tritt. Hier wird die Forschung für die Zukunft gesellschaftlicher Arbeit verwechselt mit der zukünftigen Verwertung menschlicher Arbeitskraft. Typisch für neoliberale Modernisierer, wie sie in den Industrietagen, Banken, Aufsichtsräten und Rathäusern anzutreffen sind. Sie treten dort als Markt-, Immobilien-, Geld- und Privatisierungsstrategen hervor, die nicht davor zurückschrecken, menschliche Arbeit als privaten Profitfaktor zu vermarkten. Wahrlich ein Rückfall im 21. Jahrhundert in die Zeit der Sklavenarbeit.



DKP mit neuem Parteiprogramm

Auf einer zweiten Tagung des 17. Parteitages haben die Delegierten am 08. April 2006 in Duisburg-Rheinhausen ein neues DKP- Parteiprogramm beraten und beschlossen. Der Diskussionsprozess in der Partei für ein neues Parteiprogramm war nicht einfach. Zeitlich und inhaltlich hat sich die Partei nicht unter Zeitdruck gestellt. Der vom Parteivorstand dem Parteitag zur Abstimmung vorgeschlagene letzte und veröffentlichte Entwurf war zuvor mit zahlreichen Änderungsanträgen aus Gruppen und Kreise, modifiziert worden. Für die zuständigen Genossinnen und Genossen der Antragsberatungskommission war es eine anerkannt wertvolle Superleistung, die zum Antrag-

schluss eingebrachten 348 Änderungsanträge für die Delegierten des Parteitags so aufzuarbeiten, dass eine überschaubare und inhaltsbezogene Abstimmung erfolgen konnte. Nach sieben Stunden konzentrierter Debatten stimmten 115 Delegierte für das Programm, 34 dagegen bei 10 Enthaltungen. Das Parteiprogramm ist zur richtigen Zeit verabschiedet worden. Der menschen- und sozialfeindlichen neoliberalen Politik, die in allen Ländern Europas zur ökonomischen Doktrin erklärt ist, setzt unser Parteiprogramm eine sozialistische Alternative entgegen. Es ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur Schaffung linker Wahlbündnisse im Land.



OSTERMARSCH 2006 in ULM

Abrüstung statt Sozialabbau! Millionen für den Frieden statt Milliarden für den Krieg! Unter diesem Motto demonstrierten in der ganzen BRD tausende Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen. In Ulm fand Tobias Pflüger (MdEP), als Gegner einer militarisierten EU und Mayor Florian Pfaff, der den Befehl zum völkerrechtswidrigen Einsatz in Jugoslawien verweigerte, große Aufmerksamkeit und Zustimmung.



Gewerkschafter solidarisch mit Kuba

Vertreter von Gewerkschaften aus zwanzig Ländern haben auf der „1. Europäischen Gewerkschaftskonferenz zur Solidarität mit Kuba und Lateinamerika“ in London ihre Solidarität mit den „Miami5“ zum Ausdruck gebracht. Sie verlangten ein Ende der US-Blockade gegen Kuba und forderten die EU zu einer erneuerten, unabhängigen Beziehung zu Kuba auf.

Die Entscheidung der Gewerkschafter in London hebt sich deutlich von der kubafeindlichen EU-Erklärung des EU Parlaments vom 02.02.2006 ab. Diese antikubanische Erklärung hat einen unappetitlichen Beigeschmack. Die Abgeordneten der Linkspartei.PDS André Brie, Helmut Markov und Gabriele Zimmer haben der Kubaverurteilung zugestimmt. Der Chef der EP-Linksfraktion Francis Wurtz (FKP), Sylvia-Yvonne Kaufmann und Feleknas Uca (beide PDS) haben sich der Stimme enthalten. Da der parteilose Tobias Pflüger nicht anwesend war, stimmte als einzige Sahra Wagenknecht (PDS) aus dieser Gruppe gegen die Entschliebung.

